
Udo Wengst / Hermann Wentker

Einleitung

Die deutsche Einheit zerbrach im Kalten Krieg. Nach 1945 erwies sich schon bald, dass zwischen den Westmächten und der Sowjetunion nicht jenes Maß an Übereinstimmung hergestellt werden konnte, die, wie etwa nach den napoleonischen Kriegen, ein wesentliches Fundament der friedlichen Neuordnung des Staatensystems hätte bilden können. Der Gegensatz von Demokratie und Diktatur, von sowjetischem Hegemoniestreben und amerikanischer Eindämmungspolitik war so stark, dass eine umfassende Friedensordnung nicht geschaffen werden konnte. Am deutlichsten trafen die geostrategischen Interessen beider Siegermächte in der Mitte Europas aufeinander: Da sie sich über das Schicksal des besiegten Deutschland nicht verständigen konnten, blieb als Ausweg nur die Teilung in zwei deutsche Staaten.

Die Deutschen wollten anfangs indes die Teilung nicht hinnehmen. Sie hielten daran fest, dass sie zu einer Nation gehörten, die auch in einem Staat zusammenleben sollte. Darin stimmten sie mit den führenden Politikern auf beiden Seiten der durch Deutschland laufenden Demarkationslinie überein. Beide deutsche Regierungen traten vehement für die möglichst rasche Wiederherstellung der deutschen Einheit ein; gleichzeitig wollten sie aber das eigene, von den unterschiedlichen Siegermächten etablierte politische System auf den anderen Teil Deutschlands übertragen. Bundeskanzler Konrad Adenauer und die bundesdeutschen Parteien sprachen bis weit in die 60er Jahre der DDR die staatliche Legitimität ab; Ministerpräsident Otto Grotewohl und mit ihm die SED waren genauso wenig bereit, die staatliche Existenz der Bundesrepublik anzuerkennen. Am Anfang ihrer jeweiligen Geschichte reklamierten die Regierungen beider deutscher Staaten für sich, die Interessen aller Deutschen zu vertreten.

Indem in der Bundesrepublik im Verlauf der 50er und 60er Jahre die Demokratie Fuß fasste und in der DDR mit Hilfe eines forcierten sozioökonomischen Wandels eine sozialistische Diktatur nach sowjetischem Vorbild

etabliert wurde, verfestigten sich die konträren, miteinander konkurrierenden politisch-gesellschaftlichen Systeme in den beiden deutschen Staaten. Aus dem geteilten Deutschland wurde das doppelte Deutschland. Beide Staaten präsentierten sich als die jeweils bessere Alternative: Die Bundesrepublik etwa stellte der totalitären Diktatur in der DDR ihre freiheitlich-demokratische Grundordnung gegenüber, und die DDR verwies darauf, dass bei ihr der Faschismus ausgerottet sei, während in Westdeutschland alte Nazis weiterhin an den Schaltstellen der Macht saßen.

Doch neben der Konkurrenz zwischen den Staaten blieb das gesamtdeutsche Bewusstsein über einen längeren Zeitraum bestehen. In den 50er Jahren fühlten sich die Deutschen in ihrer übergroßen Mehrheit noch nicht als Bürger der Bundesrepublik oder der DDR, sondern betonten ihre Gemeinsamkeit über die innerdeutsche Grenze hinweg. In zahlreichen persönlichen, aber auch institutionellen grenzüberschreitenden Kontakten und Verbindungen manifestierte sich die weiterhin bestehende Einheit der Nation. Da die Bundesrepublik als Demokratie mit einer prosperierenden Volkswirtschaft jedoch eine enorme Sogwirkung auf die Deutschen in der DDR ausübte, grenzte sich Ost-Berlin seit Mitte der 50er Jahre immer mehr von Bonn ab und unterband die deutsch-deutschen Kontakte in zunehmendem Maße. Mit dem Bau der Mauer durch Berlin stabilisierte die ostdeutsche Führung die DDR und zementierte gleichzeitig die Teilung: Infolge des Mauerbaus zerbrachen weitere Klammern, die die Deutschen trotz der Teilung noch zusammengehalten hatten, insbesondere die gesamtdeutsch organisierte protestantische Kirche.

Nun setzte in beiden Staaten ein Bewusstseinswandel ein. Obwohl alle Bundesregierungen von Adenauer bis Kohl am Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes festhielten, betrachteten die Westdeutschen die Ostdeutschen mehr und mehr als Nachbarn und nicht als Brüder und Schwestern. In der DDR hingegen, deren Führung aus Gründen der Staatsräson Teilung und Abgrenzung perpetuieren wollte, betrachtete die große Mehrheit die Deutschen weiterhin als ein Volk, rechnete aber immer weniger mit einer Wiedervereinigung. Gleichwohl blieben Verbindungen zwischen den beiden deutschen Gesellschaften erhalten: Verwandtschaftliche und freundschaftliche Beziehungen sind hier ebenso zu nennen wie die ab dem Grundlagenvertrag von 1972 wieder erweiterten Besuchsmöglichkeiten, vor allem in west-östlicher Richtung. Ein weiteres verbindendes Element von entscheidender Bedeutung war die mediale Präsenz der Bundesrepublik in der DDR, die die Deutschen allabendlich zumindest zu einer Fernsehnation werden ließ. Umgekehrt verbesserten sich nach dem Grundlagenvertrag die Möglichkeiten von westdeutschen Journalisten zur Berichterstattung aus der DDR. Vor diesem Hintergrund und den

gemeinsamen, weiter wirksamen historischen Prägungen lässt sich von einem »gemeinsame[n] Erfahrungs- und auch Handlungsraum [sprechen], der beide deutsche Staaten, Gesellschaften und Kulturen umfasst«. ¹

Innerhalb dieses Erfahrungsraumes stellten sich für beide deutsche Staaten vor allem ab den 70er Jahren gemeinsame Probleme – zu nennen wären etwa der wirtschaftliche Strukturwandel, die zunehmende Individualisierung und der Wertewandel sowie das Konsum- und Freizeitverhalten –, deren unterschiedliche Bewältigung sich für vergleichende Untersuchungen besonders eignen. Darüber hinaus wird das Zusammengehörigkeitsgefühl auch daran erkennbar, dass die Deutschen in der DDR jene in der Bundesrepublik letztlich nie aus den Augen verloren. Dies galt für die Westdeutschen zwar auch, aber nur in abgeschwächter Form. Denn die von Adenauer eingeleitete Politik der Westintegration blieb nicht ohne Auswirkungen auf die westdeutsche Gesellschaft, für die die Nation zunehmend an Bedeutung verlor und die Einbindung in die westliche Staaten- und Wertegemeinschaft einen immer höheren Stellenwert einnahm.

Gleichwohl blieben die Politik der Regierungen und der anderen Akteure westlich und östlich der Demarkationslinie aufeinander bezogen. Aufgrund der »Gegensätzlichkeit und engen Aufeinanderbezogenheit der beiden Gesellschaftssysteme auf deutschem Boden« hat Karl Dietrich Erdmann schon 1985 von »der dialektischen Einheit der Nation« gesprochen. ² Hans Günter Hockerts hat sich dem im wesentlichen angeschlossen und mit Blick auf die zeithistorische Forschung zur Bundesrepublik und zur DDR festgestellt: »Man kann daher die eine Seite nicht voll in den Blick nehmen, ohne auch die andere einzubeziehen.« ³ Dies ist als Postulat auch jüngst wieder auf einer Tagung von Deutschlandforschern in Suhl erhoben worden, wobei deutliche Unterschiede in der Bewertung zutage traten. Während Horst Möller eine »integrierte deutsche Nachkriegsgeschichte [...] beider deutscher Nachkriegsstaaten [als] sinnvoll und notwendig« erachtete, sofern eine »sorgfältige Auswahl der tatsächlich komparativ zu erfassenden, phasenbeschränkten Themen« getroffen und an der »Wertentscheidung angesichts des Gegensatzes von Demokratie

1 So Wirsching, Andreas: Für eine pragmatische Zeitgeschichtsforschung, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ)* 3/2007, S. 15.

2 Erdmann, Karl Dietrich: Drei Staaten – zwei Nationen – ein Volk? Überlegungen zu einer deutschen Geschichte seit der Teilung, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 36 (1985), S. 682.

3 Hockerts, Hans Günter: *Zeitgeschichte in Deutschland. Begriff, Methoden, Themenfelder*, in: *Historisches Jahrbuch* 113 (1993), S. 125.

und Diktatur« festgehalten werde,⁴ bezogen Andreas Wirsching und Martin Sabrow andere Positionen. So beschrieb Wirsching »Elemente eines gemeinsamen Erfahrungsraumes« der Deutschen in Ost und West und plädierte für einen pragmatischen Ansatz, der »den Systemgegensatz von Demokratie und Diktatur nicht übermäßig« betonen müsse.⁵ Sabrow ging noch einen Schritt weiter, indem er darauf hinwies, dass sich zentrale Entwicklungen »quer zu den Scheidelinien von freiheitlicher und unfreiheitlicher Gesellschaft« vollzogen hätten und deshalb eine Betrachtung allein »aus normativer Perspektive« dem »Verständnis für die Binnenlegitimation der zweiten deutschen Diktatur« entgegenstehen würde.⁶ Über »die analytischen Chancen einer Zusammenschau der deutschen Doppelgeschichte«⁷ bestand indessen Übereinstimmung. Als Leitlinie hierfür hat Christoph Kleßmann vor mehr als zehn Jahren vorge schlagen, in den Mittelpunkt einer deutsch-deutschen Beziehungsgeschichte nach 1945 das »Spannungsverhältnis zwischen der Verflechtung beider Teilstaaten [...] und einer bewusst oder unbewusst betriebenen oder gewünschten Abgrenzung« zu rücken.⁸ Doch inwieweit handelte es sich bei beiden deutschen Staaten wirklich um Konkurrenten, die stets aufeinander fixiert waren, sich voneinander sichtbar abgrenzten, in der Konkurrenz aber aufeinander bezogen blieben?

Indizien für eine solche »Verflechtung in der Abgrenzung« (Kleßmann) sind vorhanden. Sehr deutlich wird dies etwa in der Außenpolitik beider Staaten in den 50er und 60er Jahren, als dem Alleinvertretungsanspruch Bonns das Streben Ost-Berlins nach Anerkennung gegenüberstand: Während die Bundesrepublik die Aufnahme von diplomatischen Beziehungen von Drittstaaten mit der DDR verhindern wollte, suchte Letztere verzweifelt nach Mitteln und Wegen, um ihre internationale Isolation zu durchbrechen. Aber auch auf weniger offensichtlichen Gebieten – etwa im Rahmen des Umgangs mit dem Erbe des »Dritten Reiches« oder auch im Zusammenhang mit der Einführung der Rentenreform von 1957 in der Bundesrepublik – sind solche wechselseitigen Wahrnehmungen und Rivalitäten registriert worden.

Die Forderungen, die Geschichte beider deutscher Staaten nicht isoliert zu betrachten, sondern »über den Tellerrand« zu schauen und diese in einen deutsch-deutschen, europäischen, gar globalen Rahmen einzuordnen, wurden

4 Möller, Horst: Demokratie und Diktatur, in: APuZ 3/2007, S. 7.

5 Wirsching, Andreas: Für eine pragmatische Zeitgeschichtsforschung, in: ebenda, S. 18.

6 Sabrow, Martin: Historisierung der Zweistaatlichkeit, in: ebenda, S. 23.

7 Ebenda, S. 22.

8 Kleßmann, Christoph: Verflechtung und Abgrenzung. Aspekte der geteilten und zusammengehörigen deutschen Nachkriegsgeschichte, in: APuZ 29–30/1993, S. 30.

im Hinblick auf die DDR vor einiger Zeit erneut erhoben und haben, unter Beteiligung des Instituts für Zeitgeschichte, eine Kontroverse ausgelöst.⁹ Doch sind diese Forderungen von der Geschichtswissenschaft noch kaum eingelöst worden. Dies belegen die bisher vorliegenden Gesamtdarstellungen deutsch-deutscher Geschichte von Christoph Kleßmann, Adolf M. Birke und Peter Graf Kielmansegg. Kleßmann hat in seinem zweibändigen Werk¹⁰ die Geschichte der beiden deutschen Staaten von 1949 bis 1970 annähernd gleichgewichtig nacheinander abgehandelt, wobei der gesamtdeutsche Bezug insgesamt unscharf bleibt. Das gilt auch für die Darstellung Adolf M. Birkes,¹¹ die von 1945 bis 1961 reicht. Hierin wird die DDR ebenso stiefmütterlich behandelt wie in der umfassenden Darstellung der Gesamtgeschichte des geteilten Deutschland von Peter Graf Kielmansegg.¹² Die Begründung Kielmanseggs für die Vernachlässigung der DDR-Geschichte ist ebenso lapidar wie aufschlussreich. Er stellt sich erst gar nicht die Frage nach der Möglichkeit und Sinnhaftigkeit der Darstellung einer gemeinsamen deutschen Nachkriegsgeschichte, sondern begründet sein Vorgehen mit der Feststellung, dass die DDR ein Modell ohne Zukunft, die Bundesrepublik ein Modell mit Zukunft gewesen sei. Dies sieht Konrad H. Jarausch in dem von ihm vorgelegten Buch *Die Umkehr* deutlich anders.¹³ Jarausch, der sich in seinem Werk vor allem dem »Alltagsleben« zuwendet, hält es für nötig, den »Veränderungen der Wertvorstellungen und Verhaltensweisen in beiden Nachfolgestaaten« nachzugehen. Deshalb ist er auch bestrebt, jeweils beide deutsche Staaten gleichgewichtig und aufeinander bezogen in den Blick zu nehmen. Dies ist ihm sicherlich über weite Strecken gelungen, wobei das Buch jedoch sowohl in methodischer Hinsicht als auch im Hinblick auf die ihm zugrunde liegenden Bewertungsmaßstäbe problematisch erscheint. Auch Peter Benders neuestes Buch mit dem Titel *Deutschlands*

9 Vgl. Kocka, Jürgen: Der Blick über den Tellerrand fehlt, in: Frankfurter Rundschau vom 22.8.2003; ähnlich ders., Bilanz und Perspektiven der DDR-Forschung. Hermann Weber zum 75. Geburtstag, in: Deutschland Archiv 36 (2003), S. 764–769; Bispinck, Henrik u. a.: DDR-Forschung in der Krise? Defizite und Zukunftschancen – Eine Entgegnung auf Jürgen Kocka, in: Deutschland Archiv 36 (2003), S. 1021–1026; Lindenberger, Thomas/Sabrow, Martin: Zwischen Verinselung und Europäisierung: Die Zukunft der DDR-Geschichte, in: Deutschland Archiv 37 (2004), S. 123–127; Bispinck, Henrik u. a.: Die Zukunft der DDR-Geschichte. Potentiale und Probleme zeithistorischer Forschung, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte (VfZ) 53 (2005), S. 547–570.

10 Kleßmann, Christoph: Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945–1955, Bonn 1982; ders.: Zwei Staaten, eine Nation. Deutsche Geschichte 1955–1970, Bonn 1988.

11 Birke, Adolf M.: Nation ohne Haus. Deutschland 1945–1961, Berlin 1989.

12 Kielmansegg, Peter Graf: Nach der Katastrophe. Eine Geschichte des geteilten Deutschland, Berlin 2000.

13 Jarausch, Konrad H.: Die Umkehr. Deutsche Wandlungen 1945–1995, München 2004.

Wiederkehr ist noch nicht die bisher fehlende, aus den Quellen gearbeitete »ungeteilte Nachkriegsgeschichte« Deutschlands.¹⁴ Bei seiner Darstellung handelt es sich vielmehr um einen anregenden Essay, der auf der Grundlage von Benders zeitgenössischen Aufzeichnungen und seinen Erinnerungen die »Unterschiede und Gegensätze«, aber auch die »Parallelen und Ähnlichkeiten« zwischen der (alten) Bundesrepublik und der DDR zu erfassen versucht.

Festzuhalten bleibt, dass die gegenseitigen Perzeptionen von politischen Entscheidungen, Programmen und politischen Ideen sowie von verschiedensten gesellschaftlichen und politischen Prozessen im doppelten Deutschland bisher noch nicht zum Gegenstand systematischer Studien gemacht wurden. Dies gilt auch für die Frage, ob und wie sich diese Wahrnehmungen auf den verschiedenen Politikfeldern und in den gesellschaftlichen Subsystemen beider Staaten ausgewirkt haben. Dabei gab es ein vergleichsweise großes Spektrum, das von intentionaler Kopie über die Einschränkung von Handlungsoptionen durch den jeweils anderen bis zur bewussten Abgrenzung bzw. gezielten Ausblendung oder Nichtwahrnehmung reichen konnte. Auch bei einer solchen Vorgehensweise darf nicht in den Fehler verfallen werden, die deutsche Nachkriegsgeschichte primär aus einer Aufeinanderbezogenheit beider Staaten zu erklären. Es geht vielmehr darum, die jeweilige Relevanz der deutsch-deutschen Perzeptionen zu bestimmen und die aus der deutsch-deutschen Sonder-situation resultierenden Faktoren zu identifizieren, die Einfluss auf die jeweilige Entwicklung hatten.

In den in diesem Band versammelten, fast ausschließlich von Mitarbeitern des Instituts für Zeitgeschichte verfassten Essays geht es um solche beziehungs- und wirkungsgeschichtlichen Aspekte der deutsch-deutschen Geschichte. Neben Prozessen des deutsch-deutschen Austauschs, der beiderseitigen Rivalitäten und der Versuche der wechselseitigen Einflussnahme steht dabei vor allem die Frage nach den Wahrnehmungen von Entwicklungen im jeweils anderen deutschen Staat und deren Auswirkungen auf die verschiedenen Politikfelder und gesellschaftliche Subsysteme in beiden deutschen Staaten im Mittelpunkt. Dabei ist weder beabsichtigt, die deutsch-deutschen Beziehungen in ihrer ganzen Breite noch die wechselseitigen Perzeptionen in ihrer Gesamtheit zu erfassen, sondern lediglich einige zentrale Felder der Geschichte des doppelten Deutschland in den Blick zu nehmen.

14 Bender, Peter: Deutschlands Wiederkehr. Eine ungeteilte Nachkriegsgeschichte 1945–1990, Stuttgart 2007.

Das Ereignis oder der Begriff, der jedem einzelnen Essay vorangestellt ist, wird zwar zu Beginn des jeweiligen Beitrags kurz abgehandelt, dient jedoch nur als Aufhänger für den darauf folgenden Längsschnitt, der das jeweilige Thema in seinen deutsch-deutschen Bezügen abhandelt. Eingerahmt wird der Band durch zwei Betrachtungen zum nationalen Selbstverständnis: Während Horst Möller die deutschen Verfassungen in Ost und West darauf befragt, wie sie sich zu dem Problem der Nation stellten, verdeutlicht Andreas Wirsching, dass sich die Deutschen in der Bundesrepublik und in der DDR trotz der 40-jährigen Teilung letztlich immer noch als Angehörige derselben Nation empfanden, so dass infolge des Mauerfalls auch die Existenz des doppelten Deutschland beendet werden konnte. Der Umgang mit der gemeinsamen Vergangenheit und der getrennten Gegenwart des doppelten Deutschland lässt sich anhand der »Bewältigung« der nationalsozialistischen Vergangenheit in beiden deutschen Staaten (Udo Wengst) sowie anhand der Wahrnehmung der »Grenzsicherung« mitten durch Deutschland und der Grenzüberschreitungen – also der Flucht- und Abwanderungsbewegung vornehmlich aus der DDR in die Bundesrepublik (Helge Heidemeyer) – nachvollziehen.

Dass die beiden Staaten einander auf der internationalen Bühne als Rivalen empfanden, und wie sie versuchten, den jeweils anderen in diesem Konkurrenzkampf zu besiegen, verdeutlichen Hermann Wentker und Amit Das Gupta in ihren Beiträgen zur Außen- bzw. Dritte-Welt-Politik von Bundesrepublik und DDR. Die beiderseitigen Wirtschaftsbeziehungen waren, wie Manfred Kittel darlegt, von Seiten der DDR eher von ökonomischen, von Seiten der Bundesrepublik eher von politischen Interessen bestimmt, so dass sich hier die Frage stellt, ob sich Leistung und Gegenleistung in etwa entsprachen. Doch hatte die deutsch-deutsche Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, wie Dierk Hoffmann darlegt, nicht nur diese Dimension: Beide Seiten beobachteten etwa die wirtschaftlichen Erfolge und Misserfolge des jeweils anderen deutschen Staates bis 1973 sehr intensiv, deuteten die ökonomischen Krisen des anderen höchst unterschiedlich und waren darauf bedacht, den deutschen Rivalen wirtschaftlich zu überholen.

Dass sich Reformpolitik in beiden deutschen Staaten zwischen 1965 und 1975 auch unter Bezugnahme auf den jeweils anderen abspielte, demonstrieren Anne Rohstock anhand der Bildungsexpansion insbesondere im Bereich der Hochschulen und Michael Schwartz anhand der unterschiedlichen Reformen des Abtreibungsstrafrechts in der DDR und in der Bundesrepublik. Zwei weitere Essays widmen sich Kultur und Kulturpolitik im doppelten Deutschland: Während Petra Weber den Umgang mit dem kulturellen Erbe der Weimarer Klassik und dessen Instrumentalisierung in Ost und West thematisiert, befasst

sich Johannes Hürter anhand des Schicksals von Wolf Biermann mit dem Verhältnis von Geist und Macht in beiden deutschen Staaten in den 60er und 70er Jahren. Welche Auswirkungen die deutsch-deutsche Konkurrenz auf die Bedeutung und Entwicklung des Sports in der DDR und in der Bundesrepublik besaß, untersucht Thomas Raithel. Auch auf der Ebene der deutsch-deutschen Akteure kann demonstriert werden, dass gegenseitige Wahrnehmungen und Fehlwahrnehmungen eine wesentliche Rolle spielten: Dierk Hoffmann befasst sich unter dieser Fragestellung mit den deutsch-deutschen Spitzentreffen zwischen 1947 und 1990 und Hermann Wentker mit den evangelischen Kirchen in Ost und West.

Vorliegender Sammelband behandelt ein Thema, das in den kommenden Jahren einen Forschungsschwerpunkt des Instituts für Zeitgeschichte bilden soll. Im Zentrum der in Planung befindlichen Projekte steht nicht die Beziehungsgeschichte zwischen den beiden deutschen Nachkriegsstaaten. Vielmehr sollen gesellschaftliche Wandlungsprozesse in West- und Ostdeutschland, Veränderungen von Mentalitäten, Gesetzesvorhaben über identische Materien unter dem Aspekt der deutsch-deutschen Rivalität, der wechselseitigen Wahrnehmung und Instrumentalisierung betrachtet werden. Dies soll zum Verständnis der Gemeinsamkeiten und Unterschiede in den beiden deutschen Staaten beitragen und damit neue Dimensionen in den Forschungen zur Geschichte der alten Bundesrepublik und der DDR eröffnen.